



► **Nr. VO/2018/06549**
öffentlich

Lübeck, 01.10.2018

Antwort

Verantwortliche Bereiche:
5.660 - Stadtgrün und Verkehr

Bearbeitung: Jens Johannsen (E-Mail: jens.johannsen@luebeck.de Telefon: 122-3230)

Antwort auf Anfrage von AM/BM Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen) im Hauptausschuss am 28.08.2018 betr. Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
22.10.2018	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
13.11.2018	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anlass:

Ergänzungsfrage des Mitgliedes des Hauptausschusses Detlev Stolzenberg zur Antwort auf Anfrage von AM/BM Thorsten Fürter – VO/2018/6250

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen: -
Ergebnis:

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt: Ja
 Nein
Begründung: keine Betroffenheit durch diese Antwort

Die Maßnahme ist: neu
 freiwillig
 vorgeschrieben durch:

Finanzielle Auswirkungen: Nein, nicht durch die Antwort
 Ja (Anlage 1)

Antwort:

Herr Stolzenberg bat um Ermittlung des Verwaltungskostenaufwandes, der mit Straßenausbaubeitragsveranlagungen verbunden ist. Abgesehen von dem Sachaufwand von sechs Arbeitsplätzen fallen an Personalkosten, gerechnet nach den Durchschnittswerten der Hansestadt Lübeck (Stand 2017), für die Beitragserhebung **jährlich ca. 258.000 Euro (mit Sachkosten 373.000 Euro)** an. In den letzten vier Jahren (2014 – 2017) sind durchschnittlich 1.051 Bescheide erstellt worden, dementsprechend sind mit einem Bescheid durchschnittliche Kosten von 245,50 Euro (355,00 Euro) verbunden. Diesen Personalkosten stehen in den

Jahren 2014 – 2017 Beitragseinnahmen von durchschnittlich ca. 1.578.000,00 Euro gegenüber.

Anlagen :

Senatorin Joanna Hagen